
"Okinawa no kokoro" und die Renaissance der Friedensbewegung

Gabriele VOGT (Universität Hamburg)

„Okinawa no kokoro“, das Herz Okinawas, ist Inbegriff der pazifistischen Bewegung der Inseln. Okinawa sei eine durch und durch friedliebende und antimilitaristische Provinz, betonen nahezu alle Vertreter der regionalen Friedensbewegung. Auch einer der bekanntesten Männer der aktuellen Zeitgeschichte Okinawas, der von 1990 bis 1998 amtierende Gouverneur der Präfektur, Ôta Masahide, gilt als Verfechter von „Okinawa no kokoro“. Das Herz Okinawas, sein leidenschaftlicher Pazifismus, habe sich herausgebildet aus den traumatischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der Erinnerung an die Geschehnisse der Schlacht um Okinawa. Auch die gegenwärtige Haltung eines Großteils der okinawischen Bevölkerung gegen den Krieg allgemein und gegen Militärstützpunkte auf ihren Inseln im Besonderen sei zurückzuführen auf die Erlebnisse des Frühjahrs 1945 (Ôta 1981 und 1996).

Der spezifische Charakter Okinawas, das „Okinawa no kokoro“, hat die soziale und politische Entwicklung der Inseln in den letzten fünfzig Jahren geprägt. Versteht man die Identität einer Region als einen konstruktiven Prozess, also als eine ständige Neudefinition dessen wer wir sind, kann man die aus der Kriegsvergangenheit motivierten pazifistischen Strömungen Okinawas im Verlauf der Nachkriegsgeschichte der Inseln analysieren. Die Ziele der Friedensbewegung veränderten sich im Laufe dieser Jahre ebenso wie ihre Trägerschaft. Einzig die grundlegende Motivation, nie wieder einen Krieg erfahren zu müssen, zog sich durch alle Gruppierungen und alle Jahrzehnte hindurch. Als Hochzeiten der Friedensbewegungen auf Okinawa gelten der „Inselweite Widerstand“ der 1950er Jahre und die „Rückgliederungsbewegung“ der Jahre vor 1972. Eine wahre Renaissance erlebt die pazifistische Bewegung Okinawas außerdem seit Mitte der 1990er Jahre.

„Inselweiter Widerstand“

Das Bild der Amerikaner wandelte sich in Okinawa

schon in den ersten Nachkriegsjahren „vom Befreier zum Besatzer“ („*kaihôsha kara senryôsha e*“) (Ôta 1995:113). So entstanden in den 1950er Jahren bereits Bürgerbewegungen, die sich gegen die Art und Weise, aber auch grundlegend gegen die Tatsache wandten, dass eine amerikanische Militärherrschaft auf den Inseln ausgeübt wurde. Unterstützt wurde der Protest von zwei politischen Parteien, der Volkspartei Okinawas (Jinmintô) und der Sozialistischen Massenpartei Okinawas (Shadaitô). Beide Parteien beschlossen auf Sonderparteitagen im März 1951, dass es für Okinawa keine Alternative zur Rückgliederung an Japan geben könne. Auch bestand Einigkeit darin, dass es keiner einzelnen politischen Partei, sondern einer überparteilichen Organisation obliegen sollte, die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Forderung nach einer Rückgliederung Okinawas an *hondo*-Japan, das Mutterland, zu sammeln. Am 29. März 1951 wurde die „Versammlung zur Förderung der Rückgliederung an Japan“ (Nihon Fukki Sokushin Kiseikai) gegründet. Die erste Aktion, mit der sich diese Vereinigung aktiv am politischen Leben beteiligte, war eine Unterschriftensammlung. Bis zum Juli 1951 sprachen sich dabei 72,1% der Wahlberechtigten für die Rückgliederung an Japan aus. Nachdem jedoch der Friedensvertrag von San Francisco die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr Okinawas an Japan zunichte gemacht hatte¹, sah sich die Nihon Fukki Sokushin Kiseikai mit ihrem Vorhaben gescheitert. Auch die Shadaitô konnte diesen politischen Rückschlag nicht verkraften und spaltete sich auf. Die frühe Rückgliederungs-

¹ Artikel 3 des Friedensvertrages lautet wie folgt: „Japan wird jedem Vorschlag der Vereinigten Staaten an die Vereinten Nationen zustimmen, die Nansei-Inselgruppe südlich des 29. Breitengrades deren Treuhandschaft zu unterstellen, und zwar mit den Vereinigten Staaten als alleiniger Verwaltungsmacht (...). Bis zu einem solchen Vorschlag und bis zur positiven Aktion in dieser Hinsicht haben die Vereinigten Staaten das Recht, alle und jegliche Gewalt der Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung über das Gebiet und die Einwohner dieser Inseln, einschließlich ihrer territorialen Gewässer, auszuüben.“

bewegung wurde außerdem durch die Abkommen des bilateralen Sicherheitsvertrages sowie auch durch die frühe Rückgabe der Amami-Inselgruppe an *hondo* geschwächt.

Im Mittelpunkt des "Inselweiten Widerstands" der 1950er Jahre stand der sogenannte Landkonflikt (*tochi tōsō*), die Zwangsverpachtung okinawischen Privatlandes zu Spottpreisen an das US-Militär (Anhalt 1991:38-39). Ein okinawisches Sprichwort lautet: "Geld hat man eine Stunde, Grund und Boden aber 10.000 Jahre" (*kane wa ichiji, tochi wa mannen*). Beginnend mit dem Landkonflikt und den Protesten der Bauern gegen die erzwungene Verpachtung ihrer Ländereien, bekannten auch mehr und mehr andere Bevölkerungsgruppen ihren Unmut über die amerikanische Besatzungspolitik. Arbeiter, Lehrerverbände, Jugend- und Frauenorganisationen schlossen sich mit den Landbesitzern und Bauern zu einer "Versammlung für die Rückgliederung der Okinawa-Inseln" (Okinawa Shotō Fukki Kiseikai) zusammen. Die USA ließen als Reaktion auf den anhaltenden Protest der Bevölkerung und auch der Gesetzkammer Okinawas eine Studie zur gegenwärtigen Situation in Okinawa, die sogenannte Price-Empfehlung, anfertigen. Diese sah lediglich vor, nicht benötigte Ländereien so schnell wie möglich an die Bevölkerung zurückzugeben. Das Prinzip der Nutzung von Ländereien durch das US-Militär wurde nicht in Frage gestellt (Nonaka/Arasaki 1996:79-80). Aus dem ursprünglichen Landkonflikt entwickelte sich der "Inselweite Widerstand" (*shimagurumi tōsō*). Ab dem Sommer 1956 waren Mitglieder aller Gesellschaftsschichten und Parteien bei Protestdemonstrationen auf den Straßen zu finden. So nahmen bei Großkundgebungen in Naha bzw. Koza, dem heutigen Okinawa-Stadt, 100.000 bzw. 50.000 Menschen teil, um sich für die Rückgliederung an Japan auszusprechen (Nonaka/Arasaki 1996:85).

Rückgliederungsbewegung

Der inselweite Widerstand Okinawas wurde im folgenden durch eine Politik der Entspannung im Landkonflikt, insbesondere der deutlichen Erhöhung von Abschlagszahlungen an die Landbesitzer, ebenso wie durch eine stetig zunehmende Abhängigkeit der okinawischen Wirtschaft von den US-Militärstützpunkten geschwächt. Seit dieser Phase sprach man von der Wirtschaft Okinawas oft als "Stützpunktwirtschaft" (*kichi keizai*)². Die US-Regierung ging in diesen Jahren davon aus, den zivilen Widerstand Okinawas durch die Erhöhung des Lebensniveaus und die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation auf Okinawa befrieden zu können und verkannte

dabei die stark pazifistische Motivation breiter Bevölkerungsschichten.

Am achten Jahrestag des Inkrafttretens des japanisch-amerikanischen Friedensvertrages, am 28.04.1960, gründeten Mitglieder des Lehrerverbandes, der Gewerkschaften und Jugendverbände sowie Sympathisanten der drei progressiven Parteien Okinawas, Shadaitō (Sozialistische Massenpartei), Jinmintō (Volkspartei) und Shakaitō (Sozialistische Partei) die Bürgerbewegung "Kongress zur Rückgliederung der Okinawa-Präfektur an das Mutterland" (Okinawa-ken Sokoku Fukki Kyōgikai). Diese Bürgervereinigung wurde in den folgenden Jahren bekannt unter dem Namen Fukkikyō. Auffällig bei der Namensgebung der Fukkikyō ist, dass sie zur Rückgliederung der "Präfektur Okinawa" an das Mutterland aufrief. Diese Namensgebung war zur damaligen Zeit politisch zwar nicht korrekt, zeugt aber von dem großen Japan-Patriotismus, der die Programmatik der Fukkikyō bei allen erhobenen Forderungen auch gegenüber Japan stets prägte. Die Ziele der Fukkikyō waren sowohl ökonomischer als auch politischer Natur. Auf wirtschaftlicher Seite kämpfte die Bewegung v.a. für die Angleichung der Löhne okinawanischer Arbeiter auf das Lohnniveau von *hondo*. Die politischen Ziele waren zweigeteilt: Zum einen setzte sich die Fukkikyō für politische Freiheiten der Okinawaner ein, beispielsweise die freie Wahl des *shuseki*, des Vorsitzenden der Ryūkyū-Regierung, die Freiheit der Vereinsbildung, der Presse und Rede etc. Zum anderen bestimmten politisch auf Japan hin ausgerichtete Zielsetzungen die Fukkikyō: Japans Regierung solle die Rückgliederung Okinawas zum Kernstück ihrer Amerikapolitik machen; die japanische Verfassung müsse auch in Okinawa gelten; Okinawa solle im japanischen Parlament vertreten sein (Anhalt 1991:66-67).

Der Vietnamkrieg schränkte den amerikanischen Handlungsspielraum – gerade was die eigene Sicherheitspolitik in Okinawa betraf – enorm ein. Mit dem japanischen Premierminister Satō erhielt die Rückgliederungsbewegung in Okinawa hochrangi-

² Ende der 1950er Jahre waren 66,5% der okinawischen Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor tätig und als Souvenirhändler, Taxifahrer oder Barbesitzer direkt angewiesen auf die Kaufkraft der amerikanischen Kunden. Anti-Amerikanische Demonstrationen in einem Gebiet führten jedoch zur Klassifizierung dieser Straßenzüge als „off-limit“ – Zonen; den amerikanischen Soldaten wurde also der Zugang in diese Gebiete verboten. Da dies dort natürlich zu erheblichen Umsatzeinbußen führte, bestand unter den Arbeitern im Dienstleistungssektor ein großes Interesse an der Vermeidung anti-amerikanischer Kundgebungen (Anhalt 1991:51).

ge Unterstützung aus *hondo*-Japan. Satô wurde v.a. für seinen Ausspruch bekannt, die japanische Nachkriegszeit wäre erst dann beendet, wenn Okinawa nach Japan heimkehrt (*“Okinawa ga kaeranakereba, Nihon no sengo wa owaranai”*) (NHK Special 1996:38). Die Ära Satô und Johnson bzw. Nixon brachte schließlich den Durchbruch in der Okinawa-Frage. Eine Rückgliederung der Inselgruppe an Japan wurde in bilateralen Gesprächen im November 1969 vereinbart. Vorangegangen waren Monate intensiver Diskussionen um die Methodik der Rückgliederung und den Status Okinawas nach erfolgter Rückgliederung. Die Unsicherheit über den künftigen militärischen Status Okinawas, insbesondere die Tatsache, dass US-Militäreinheiten überhaupt weiterhin in Okinawa stationiert bleiben und durch japanische Selbstverteidigungstreitkräfte verstärkt werden sollten, rief den Unmut der Fukkikyô über die Modalitäten der Rückgliederung hervor. Eines der Kernziele der Fukkikyô, nämlich die Entmilitarisierung Okinawas wurde deutlich verfehlt. Satô wurde von Seiten der Fukkikyô vorgeworfen, den USA zu viele Zugeständnisse bei den Verhandlungen zur Rückgliederung gemacht zu haben. So fielen denn auch die Feierlichkeiten vom 15.05.1972, am Tag der Rückgliederung, auf Okinawa weit weniger enthusiastisch aus als in *hondo*-Japan. Pries Premierminister Satô in Tôkyô die außenpolitische Diplomatie, die die Rückgliederung dieses im Zweiten Weltkrieg verlorenen Gebietes möglich gemacht hatte, so betonte Gouverneur Yara in Naha sehr wohl, dass eine Rückgliederung unter diesen Modalitäten Okinawa nicht zufrieden stellen konnte (Nonaka/Arasaki 1996:217). Die Fukkikyô, die sich seit Jahren für die Rückgliederung Okinawas an Japan stark gemacht hatte, berief an eben diesem Tag der Rückgliederung eine Versammlung zum Widerstand gegen das Kabinett Satô ein.

Spielball zweier Mächte

Nach Jahren der Apathie der Bevölkerung Okinawas gegenüber dem Basenproblem auf ihren Heimatinseln waren es ab 1995 v.a. weibliche Widerstandskämpferinnen und Friedensaktivistinnen, die für die Renaissance der pazifistischen Bewegung Okinawas sorgten. Noch einige Jahre zuvor, etwa während des Golfkrieges, schien die Friedensbewegung Okinawas wie gelähmt. Die USA machten Gebrauch von ihren Militärstützpunkten in Okinawa und den dort stationierten Truppen für ihren Kampf gegen den Irak; okinawanische Stützpunkte wurden nach dem Koreakrieg und dem Vietnamkrieg erneut zu aktiven Basen amerikanischer Kriegsführung. Dennoch

taten sich okinawanische Friedensbewegungen schwer, entschieden wie in den Jahren zuvor gegen die militärische Nutzung ihrer Inseln vorzugehen. Zu groß und zu unerreichbar schien das Ziel, Okinawa von den US-amerikanischen Basen zu befreien. Die Jahre nach der Rückgliederung an Japan hatten deutlich gemacht, dass Okinawa sowohl von den USA als auch von Japan weiterhin als strategisch wertvoller Militärstützpunkt gebraucht werden würde. Die Inseln waren zu einem Spielball im geopolitischen Konzept der beiden Mächte Japan und USA geworden. So versuchte Okinawa in dieser Phase, v.a. den wirtschaftlichen Anschluss an *hondo*-Japan zu erlangen; politische Aufmüpfigkeiten waren dabei eher hinderlich.³ Auch in dieser Zeit jedoch, als das pazifistische *“Okinawa no kokoro”* nicht sonderlich aktiv erschien, war Okinawa auf die Erhaltung und Darstellung einer eigenen Identität bedacht. Insbesondere die erfolgreiche Musik im Ryûkyû-Stil, Handwerksarbeiten und eine boomende Tourismusindustrie wurden als stolze Abgrenzung gegenüber *hondo* benützt.

Das Jahr 1995 läutete schließlich die Renaissance der okinawischen Friedensbewegung ein. In diesem Jahr wurden in ganz Japan Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Jubiläums des Endes des Zweiten Weltkrieges begangen, und der erlangte Friede sollte gewürdigt werden. In Okinawa wurden Stimmen laut, die anmahnten, dass der Frieden, den ganz Japan genießen kann, gewährleistet und erhalten wird dank der außergewöhnlichen Belastungen, deren sich die Inselpräfektur ausgesetzt sieht. Obwohl Okinawa nur 0,6% der japanischen Landesfläche beträgt, sind dort 65% des in Japan stationierten US-amerikanischen Militärpersonals beheimatet. Gar 75% der Fläche, die das US-Militär in Japan nützt, liegen auf okinawischem Terrain. Für die Bevölkerung Okinawas bedeutet dies, dass sie seit Jahrzehnten mit der Bürde einer außerordentlich hohen Konzentration an militärischer Präsenz auf ihren Inseln lebt. Einschränkungen der Lebensqualität, wie etwa durch Lärmbelastigungen, durch Straßenblockaden und militärische Sperrgebiete inmitten von Städten und Siedlungen oder durch massive Umweltverschmutzung, wie beispielsweise das erhöhte PCB-Aufkom-

³ Seit 1972 hat *hondo*-Japan die Präfektur Okinawa durch drei jeweils zehnjährige Wirtschaftsförderpläne finanziell unterstützt. Es scheint dabei ein stilles Abkommen, ein "Okinawa-Vertrag" zu existieren: *hondo* leistet Wirtschaftshilfe an Okinawa; im Gegenzug dazu garantiert Okinawa durch Bereitstellung des Landes für US-Militärbasen den Fortbestand von Japans nationaler Sicherheitspolitik (Vogt 2000:25-26).

men in Onna, gehören dabei zum täglichen Leben. Auch historisch begründete Ressentiments gegen *hondo* wurden 1995 in Zusammenhang mit dem sich zum fünfzigsten Mal jährenden Kriegsende wachgerüttelt. Okinawa war nach der politischen Einverleibung des Ryûkyû-Königreiches durch den japanischen Meiji-Staat im Jahre 1879 als Südgrenze des neuen Staates stetig zu einem militärischen Bollwerk ausgebaut worden. Viele Okinawaer empfinden, dass sie die Rolle des Opferlammes für die nationale Sicherheit Japans heute wie auch damals zu erfüllen haben.

Schließlich kann auch der Nye-Report als Grund für einen erneuten Aufschrei unter den okinawischen Pazifisten im Jahre 1995 gesehen werden. Joseph Nye, bis Dezember 1995 Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium und Professor für Internationale Politik an der Universität Harvard, veröffentlichte im Februar 1995 seine im Auftrag des Verteidigungsministeriums erstellte Studie zur zukünftigen Asienpolitik der USA. Darin erteilte er jeglichen Gedanken der Reduzierung von US-Streitkräften im asiatischen Raum eine klare Absage und sprach sich für die mindestens bis 2015 andauernde Stationierung von 100.000 US-amerikanischen Soldaten in Japan und Südkorea aus. Auch der Status Okinawas als Hauptstützpunkt der US-Streitkräfte in Japan wurde bestätigt und bekräftigt. Der damals amtierende Gouverneur von Okinawa, Ôta Masahide, betonte in einem Gespräch mit der Autorin (09.11.1999, Naha/Japan), dass er sich bereits nach der Veröffentlichung des Nye-Reports im Frühjahr 1995 dazu entschieden habe, seine im Herbst des Jahres geforderte Unterschrift auf Pachtverträgen, die okinawanisches Land dem US-Militär zur Nutzung überschreiben, zu verweigern. Er sagte, er wolle ähnlich idealistisch wie Martin Luther King für die Verwirklichung eines Traumes eintreten. Ôtas Traum ist es, ein Okinawa ohne militärische Stützpunkte, ein friedliches und wohlhabendes Okinawa mit guten Kontakten zu seinen asiatischen Nachbarn – ähnlich der Zeit des alten Ryûkyû-Königreiches – aufzubauen. Allgemein wurde die weltweit bekannt gewordene Unterschriftenverweigerung Ôtas jedoch stets in Zusammenhang mit einem weiteren aufsehenerregenden Ereignis des Jahres 1995 in Verbindung gebracht: der Vergewaltigung einer 12jährigen Schülerin durch drei amerikanische Soldaten am 04.09.1995. Dieses Gewaltverbrechen war aber wohl nur der letzte Tropfen, der das „Fass der Geduld“ zum Überlaufen brachte und ein Wiedererstarken der okinawanischen Friedensbewegung verursachte.

Frauenpower à la Okinawa

Die ersten, die öffentlich zu der Vergewaltigung Stellung bezogen und somit den Stein des massenbasierten Widerstands gegen den politischen Status Quo auf Okinawa ins Rollen brachten, waren eine Gruppe von Frauenrechtlerinnen um Takazato Suzuyo, eine Abgeordnete des Stadtparlaments Naha und leidenschaftliche Pazifistin, zu deren besonderen Anliegen der Schutz von Frauen gegen Gewalt von Soldaten gehört (Gespräch der Autorin mit Takazato Suzuyo, 10.11.1999, Naha/Japan). Sie selbst habe die Nachricht von der Vergewaltigung noch am Flughafen in Naha erhalten, als sie mit Mitstreiterinnen von der Vierten UN Weltkonferenz der Frauen aus Peking zurückgekehrt war. Nur einige Stunden später gab sie eine Pressekonferenz, in der sie die Vergewaltigung verurteilte, eine Entschuldigung und Kompensationen für das Opfer und ihre Familie forderte und sich u.a. auch dafür aussprach, die drei Täter den japanischen Behörden zur Verurteilung und Bestrafung zu überstellen.

Unter der Führung von Takazato Suzuyos sogenannter "Pekinger Delegation" wurden in den nächsten Wochen zwei Organisationen gegründet: REICO (Rape Emergency Intervention Counseling Center) und OWAAMV (Okinawan Women Act Against Military Violence). REICO sollte okinawanischen Frauen, die Opfer einer Vergewaltigung geworden sind, direkte und unbürokratische Hilfestellungen anbieten. Ziel von OWAAMV war es präventiv zu wirken: Ein internationales Netzwerk von Pazifistinnen sollte aufgebaut und das Bewusstsein über die Gefahren für Frauen an Orten mit einem hohen militärischen Bevölkerungsanteil gestärkt werden. Die Mitglieder von REICO und OWAAMV⁴ bildeten in Verbindung mit traditionellen Friedens- und Bürgerrechtsgruppen Okinawas, wie etwa Lehrerverbände und Studentenvereinigungen, den Grundstock einer der größten Protestdemonstrationen, die je auf Okinawa stattgefunden hatten. Am 21.10.1995 vereinte diese Kundgebung 85.000 Menschen aller Altersgruppen und sozialen Schichten im Kaihin Park nahe der Stadt Ginowan und dem US-Stützpunkt Futenma.

Zu den weiteren Aktionen von OWAAMV gehörten Sit-in-Proteste, zahlreiche Reisen nach Tôkyô, um Regierungsvertretern die Situation der

⁴ OWAAMV wurde erst am 29.11.1995 offiziell begründet. Man müsste also korrekt von den „späteren Mitgliedern von OWAAMV“ sprechen, die im Oktober 1995 in Personalunion noch als „Pekinger-Delegation“ arbeiteten.

Frauen in Okinawa darzulegen, die Mitausrichtung und Teilnahme an internationalen Frauenkonferenzen, Veröffentlichungen von Büchern und Bulletins sowie zwei Reisen in die USA, die als "Okinawa Women's America Peace Caravan" bekannt geworden sind. Vom 3. bis 17. Februar 1995 und abermals vom 3. bis 15. Oktober 1998 bereiten Frauengruppen aus Okinawa die USA. Sie trafen dort mit Friedensgruppen, Feministinnen, Studenten, Kirchengruppen etc. zusammen, um von der problematischen Lage okinawanischer Frauen auf ihren vom US-Militär in großem Umfang genutzten Heimatinseln zu erzählen. Die Arbeitsmethode dieser Frauen war dabei immer der eigene Erlebnisbericht. Kritiker der Organisation erklärten diesen Ansatz für zu emotional. Doch die Mitglieder von OWAAMV waren und sind der Meinung, dass gerade das Teilen persönlicher Erfahrungen ihnen eine breitere Zuhörerschaft, auch z.B. unter den eigentlichen Befürwortern des amerikanisch-japanischen Sicherheitsbündnisses, einbringe, als es die Verbreitung bloßer politischer Parolen ermöglicht hätte (Francis 1999:189-203). OWAAMV ist also eine Friedensbewegung, für die das einzelne menschliche Schicksal und das Erlangen von Völkerverständigung aufgrund persönlicher Kontakte und Freundschaften weit mehr im Vordergrund steht als der Einsatz für konkrete Ziele der Tagespolitik.

Volkes Stimme

Die direkte Demokratie ist ein in der *hondo*-japanischen Politwirklichkeit bislang nur mäßig erfolgreiches Instrument der unmittelbaren Beteiligung von Bürgern am politischen Willensbildungsprozess. Für die Bevölkerung Okinawas hingegen ist die durch Referenden verkörperte Möglichkeit der direkten Partizipation am politischen Gestaltungsprozess offenbar von großer Bedeutung. Viele Okinawaner sehen sich durch ihre wenigen Abgeordneten im nationalen Parlament in Tôkyô nicht ausreichend vertreten, fühlen sich gar als unterrepräsentierte Minderheit im Staat. Da Referenden im politischen System Japans keine bindende Wirkung besitzen, können die Initiatoren und Abstimmenden die Umsetzung ihrer mehrheitlich geäußerten Meinung nicht einklagen. Die Ergebnisse stellen dennoch einen Spiegel der politischen Stimmung in der Bevölkerung einer Region dar und prägen auch landesweit das Meinungsbild zu einem Problem. Ein offensichtliches Zuwiderhandeln von Politikern gegen die Ergebnisse der Abstimmungen führt so meist zu nationaler Empörung.

Das Phänomen einer landesweiten Solidarisierung mit einer Region, deren Ergebnis eines direkt-demokratischen Referendums missachtet wurde, war zu beobachten, als im Herbst 1996 auch auf den japanischen Hauptinseln Bürger für eine Entlastung Okinawas im Streit um die Militärbasen demonstrierten. Vorausgegangen war ein präfekturweites Referendum in Okinawa. Das auf eine Initiative der präfekturalen Regierungskoalition eingesetzte "Bündnis für Okinawa" ließ am 8. September 1996 ein Referendum abhalten, in dem die Bevölkerung aufgerufen war, zwei Thesen mit Zustimmung oder Ablehnung zu bewerten. Diese Thesen schlugen eine Neudefinition der Abkommen zur Stationierung von US-Militäreinheiten in Okinawa sowie eine Reduzierung dieser Einheiten in Okinawa vor. Bei einer Wahlbeteiligung von 59,53% stimmten 91,26% den Thesen zu (Mainichi Shinbun 09.09.1996). Die Unterstützung für die politische Linie Gouverneur Ôtas und seiner Koalitionsregierung war eindeutig.

Am 21.12.1997 wurde in der Stadt Nago, dem wahrscheinlichsten Standort für den Bau des sogenannten Heliports, eines neuen, schwimmenden Helikopterstützpunktes der USA, ein Referendum über dieses Projekt abgehalten. Japans nationale Regierung ist am Bau des Heliports sehr interessiert, gilt er doch als Ersatz für den gemäß des Vorschlags der SACO-Kommission⁵ aufzulösenden Stützpunkt Futenma. Bei dem Referendum hatte die Bevölkerung Nagos die Wahl zwischen vier Alternativen auf den Stimmzetteln: "Ich bin mit dem Konstruktionsplan einverstanden", "Ich lehne die Konstruktion ab" sowie "Ich bin einverstanden, weil die versprochenen Maßnahmen gegen Umweltverschmutzung wirkungsvoll sind und dem wirtschaftlichen Aufbau der Region helfen" und "Ich lehne ab, weil derlei Profite unwahrscheinlich sind". Die dritte Option, die Zustimmung mit Begründung, wurde von den Befürwortern des Heliports, insbesondere von der lokalen Konstruktionsindustrie, auf die Stimmzettel gepresst, um mehr Ja-Stimmen zu angeln. Die vierte Alternative, Ablehnung mit Begründung, musste letztlich als "ausgleichende Gerechtigkeit" noch mitaufgenommen werden, fand aber mit 385 Stimmen so gut wie keinen Zuspruch in der Bevölkerung.

⁵ Das Special Action Committee on Okinawa (SACO) wurde im November 1995 von den Regierungen der USA und Japans eingesetzt, um Entlastungsmöglichkeiten Okinawas von der Bürde militärischer Stationierungen auf den Inseln zu erarbeiten. SACO legte seine Abschlußberichte am 2.12.1996 vor. Einzusehen sind diese u.a. bei: <http://www.yokota.af.mil/usfj/SACO1.htm> und <http://www.yokota.af.mil/usfj/SACO2.htm>

Auch die begründete Zustimmung erhielt lediglich 2.562 Stimmen, die einfache Zustimmung dagegen 11.705 Stimmen. Auf die einfache Ablehnung entfielen mit 16.254 Wählerstimmen die meisten Anteile (Johnson 1999:219-220). Zusammengezählt siegten damit die Gegner mit 53% der Stimmen über die Befürworter des Stützpunktneubaus.

Für Japans nationale Regierung war dieses Ergebnis eine klare Niederlage. Im Vorfeld des Referendums hatte Tōkyō sich stark in dem Vorhaben engagiert, die Bevölkerung Nagos von der Notwendigkeit des Heliports und den Profiten, die sich aus seinem Bau ergeben würden, zu überzeugen. Mitglieder der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte, die in Okinawa geboren wurden oder zumindest dort stationiert waren, wurden in Nago von Tür zu Tür gesandt, um für den Heliport zu werben. Außerdem wurden der Region im Falle des Baubeginns Wirtschaftsfördermaßnahmen und Programme zur Verbesserung des kulturellen und sozialen Lebens in Aussicht gestellt. Umso erschreckender muss für Tōkyō die Nachricht von der Niederlage der Heliport-Befürworter im Referendum gewesen sein: einer kleinen Gruppen von Bürgeraktivisten gelang es, ihr Nein zum Heliport gegen alle von Tōkyō angekündigten Sonderzulagen in der Stadt durchzusetzen. Das Ergebnis hatte auch direkte politische Konsequenzen. Das amerikanisch-japanische Verhältnis wurde durch die Unfähigkeit Tōkyōs, seine Position in der Provinz publik zu machen und so das bilaterale Bündnis zu den USA symbolisch auf sichere Beine zu stellen, empfindlich gestört. Auch die Lokalpolitik Nagos wurde durch das Ergebnis des Referendums beeinträchtigt. Higa Tetsuya, der Bürgermeister Nagos, sah sich gefangen im Konflikt zwischen der Weisung der nationalen Regierung, den Bau des Heliport zu genehmigen, und dem im Referendum deutlich gewordenen Willen einer Mehrheit der Bevölkerung Nagos, den Bau zu verhindern. Higa genehmigte letztlich den Bau des Heliports und trat anschließend von seinem Amt als Bürgermeister zurück. Sein Nachfolger, Kishimoto Takeo, erklärte, die Entscheidung über den Heliport obliege nicht ihm, sondern dem Gouverneur der Präfektur.

Gouverneur Ôta Masahide

Ôta Masahide, 1925 in Okinawa geboren, erlebte die Schlacht um Okinawa als Soldat und studierte anschließend Literaturwissenschaften und Journalismus in Okinawa und New York. Von 1958 bis 1990 lehrte er als Professor an der Ryūkyū-Universität und übernahm verschiedene Gastprofessuren an der Ari-

zona State University und der University of Hawaii. Zwischen 1990 und 1998 regierte er in zwei Amtsperioden als Gouverneur der Präfektur Okinawa. Im Jahr 1999 gründete er in Naha das Ôta Peace Research Institute.

Seine zweite Amtsperiode war von einem anhaltenden Konflikt zwischen den Weisungen, die er von der nationalen Regierung in Tōkyō empfing, und den Erwartungen, die ein Großteil der Präfekturbewölkerung Okinawas an ihn stellte, geprägt. Ôta entschied sich 1995, eine Politik der Volksvertretung zu verfolgen. Patricia Steinhoff nennt dies in ihrem Aufsatz "Kan-Min Relations in Local Government" (Steinhoff 2000:115-129) einen klassischen Fall der Repräsentation der *min* (Volk) durch die *kan* (Bürokraten, Offizielle). Ohne diese Bereitschaft Ôtas, sich als Sprachrohr der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, hätte die Renaissance der Friedensbewegung ab 1995 nicht in dem Maße, wie es ihr gelungen ist, die weltweite Presse bestimmen und großen innenpolitischen Druck auf die Zentralregierung in Tōkyō ausüben können.

Ôta Masahide erklärte am 28.09.1995, dass er die Kooperation mit der japanischen Regierung auf dem Gebiet der Landverpachtung zu militärischen Zwecken an die USA aufkündigen werde. Gemäß dem üblichen Verfahren der Landverpachtung zu militärischen Zwecken ist es die Aufgabe des Gouverneurs einer Präfektur, in Vertretung der einzelnen Landbesitzer die Pachtverträge zu unterschreiben. Das Land privater Besitzer wird somit an den japanischen Staat zur Verpachtung an das US-Militär übergeben. Da Ôta sich weigerte, die entsprechenden Pachtverträge zu unterzeichnen, wurde er vom japanischen Staat bzw. in dessen Vertretung vom Premierminister unter Berufung auf das Gesetz zur Selbstverwaltung der Regionen (*chihō jichi hō*) wegen Nichtausführung von Anweisungen verklagt. Der Prozess fand sein Ende schließlich am 10.07.1996 vor dem Obersten Gerichtshof Japans. Ôta argumentierte dort wie folgt:

(...) Many people in Okinawa do not wish to transfer their sufferings to others. However, if the Mutual Security Treaty is important for Japan, they believe that responsibility and burdens under the treaty should be assumed by all Japanese citizens. If not, many of my people point out that the outcome is discriminatory and goes counter to (the principle of) equality under the law.(...)"
(Ôta in Johnson 1999:212)

Ôta betonte, dass auch die Bewohner Okinawas Bürger des japanischen Staates seien und forderte,

dass für alle Bürger Japans gleiche Rechte und gleiche Pflichten gelten sollten. In den Augen Ôtas ist das *Burden-Sharing* innerhalb Japans jedoch sehr zu Ungunsten Okinawas ausgeprägt. Er selbst sei eine Art Anwalt seiner Bürger und könne, da er den Willen seiner Mandaten zu respektieren habe, die Verträge nicht unterzeichnen. Das Gericht gab dem Antrag des japanischen Staates nach und verurteilte Ôta schließlich zur Leistung seiner Unterschrift auf den Pachtverträgen. Zur Begründung hieß es, ein japanischer Gouverneur habe zuerst den Willen der Zentralregierung auszuführen, und erst in zweiter Linie sei er dem Willen seiner Präfekturbevölkerung verpflichtet.

Doch auch nach dieser Niederlage blieb die Linie des politischen Widerstandskämpfers Ôta ungeboren. In der Frage des Heliports äußerte er sich nach der Bürgermeisterwahl in Nago gegen jeglichen Neubau eines weiteren Stützpunktes in Okinawa und brachte mit seiner starren Haltung in dieser Frage endgültig die nationale Regierung gegen sich auf. Finanzhilfen an Okinawa wurden von Seiten Tôkyôs eingestellt, und teilweise brachen sogar die diplomatischen Kanäle zwischen der Zentrale und der Präfektur ab. Bei den Gouverneurswahlen des Jahres 1998 schließlich unterstützte die nationale Regierung offen Ôtas Gegenkandidaten, den LDP-Politiker Inamine Keiichi. Die konservativen Medien des Landes, insbesondere die Yomiuri Shinbun, demolierten die politische und private Person Ôta in einer *"Get-Ôta-Campaign"* (Gabe 2000:14). Bei einer Beteiligung von 76,5% der Wahlberechtigten erhielt Ôta schließlich 47,2% der Stimmen, Inamine 52,4% (Okinawa Times 17.11.1998). Die Bevölkerung hatte sich letztendlich für den konservativen Kandidaten ausgesprochen, der – ähnlich wie Ôta – eine kritische Haltung gegenüber den Stützpunkten auf Okinawa zeigte, aber aufgrund seiner exzellenten Verbindungen nach Tôkyô (*kone paipu*) auch das Potential besaß, die Wirtschaftshilfen an die Präfektur wieder anzukurbeln.

G8-Gipfel 2000

Die Führung einzelner Präfekturen mit Zuckerbrot und Peitsche scheint in Japan weit verbreitet zu sein. Am Beispiel Okinawas ist einerseits die starke wirtschaftliche Abhängigkeit der Präfektur von der nationalen Regierung auffällig. Andererseits ist die nationale Regierung zur Aufrechterhaltung ihres Verteidigungssystems auf die Bereitstellung von Ländereien durch die Okinawaer angewiesen. Wilde Spekulationen ranken sich um den G8-Gipfel in Okinawa im Sommer 2000. War die Auswahl Nagos

als Gastgeber des Treffens der Staatschefs der G8-Nationen ein weiteres Kapitel dieses Tauschhandels zwischen *hondo* und Okinawa? Sollten drei Tage Ruhm und die zentrale Stellung in der Nachrichtenwelt für Nago eine Entschädigung sein für den geplanten Bau des Heliports? Gabe Masaaki, Professor für Internationale Politik an der Ryûkyû-Universität, mutmaßt, die Auswahl Nagos als G8-Gastgeber läute eine Wende in der *hondo*-japanischen Okinawa-Politik ein. *Hondo* wolle die Konflikte mit seiner Präfektur vergessen lassen und der Welt mit diesem Kooperations-Projekt zwischen der nationalen und der präfekturalen Regierung zeigen, dass nun auch Einigkeit bestünde in der Frage des Heliports (Gespräch der Autorin mit Gabe Masaaki, 17.02.2000, Tôkyô). Diese Einigkeit wird auch suggeriert durch die Teilnahme des US-Präsidenten Clinton am Gipfeltreffen in Nago. Clinton hatte nach der Veröffentlichung der Auswahl Nagos noch angekündigt, er werde nur nach Okinawa reisen, wenn bis zu Gipfelbeginn das "Okinawa-Basenproblem", insbesondere die Frage des Heliports, gelöst sei.

Die Meinungen in Okinawa über die Auswahl Nagos als G8-Gastgeber waren geteilt. Einige Okinawaer, unter ihnen auch Vertreter der lokalen akademischen Prominenz, begrüßten diese Entscheidung als Ehre für Okinawa. Es wurde die Hoffnung geäußert, Okinawa könne sich bei diesem *"big event"* gut als *"islands of peace"* darstellen (Gabe 2000:16). *Hondo* beschloss, extra zum Andenken an den Gipfel in Okinawa und als "Millenniumsgeschenk" an Okinawa als ein Motiv der im Sommer 2000 neu herauszugebenden 2.000 Yen Noten das *shurei no mon*, das Tor des historischen Ryûkyû-Königsschlosses, auszuwählen. Bei all dem Trubel schien es fast so, als richte Okinawa die olympischen Spiele aus. Aber auch die andere Seite, die der Gipfel-Gegner, war nicht zu überhören. Gerade in den Kreisen der Friedensbewegung wurde befürchtet, Nagos Ausrichtung des G8-Treffens könne als Zustimmung zur Basenpolitik der USA und Japans gewertet werden. So waren die Aktivisten bemüht, die Medienpräsenz in Okinawa zu nützen, um auch ihre Meinung zur andauernden militärischen Nutzung Okinawas zu bekunden. Menschenketten um Kadena wurden organisiert, rote Tücher, Hemden, Mützen und dergleichen getragen als Solidaritätsbekundung mit der pazifistischen Red Card Movement. Schließlich drangen auch Umweltschützer mit ihren Bedenken an die Öffentlichkeit, in der Bucht vor Nago lebende Dugong würden den Bau eines Heliports nicht überstehen.

Inochi koso Takara

Mit "*Inochi koso takara*" wird in Okinawa der Wert des Lebens beschrieben: es sei so wertvoll wie ein Schatz. Dieses einige Jahrhunderte alte Motto, dessen Ursprung einem Chûzan-König zugesprochen wird, haben sich mittlerweile viele Organisationen der okinawischen Friedensbewegung auf ihre Fahne geschrieben. Das Leben der Menschen stehe im Mittelpunkt. So beklagt Takazato Suzuyo von OWAAMV auch, dass das US-Militär laut dem bilateralen amerikanisch-japanischen Friedensvertrag "zum Schutz" in Okinawa stationiert sei, aber wohl andere Dinge, zumindest einmal nicht die Menschen, schütze. Im Gegenteil, viel mehr als Schutz berge die Stationierung von US-Soldaten in Okinawa Gefahren in sich. Auch Gouverneur Ôta ging es um die Menschen Okinawas, als er sich entschloss, nicht den Weisungen der Regierung, sondern dem Willen der Menschen entsprechend zu handeln. Er sprach sich selbst gegen eine Fortdauer der Nutzung okinawischen Landes durch die US-Militärs aus und unterstützte die Bevölkerung Okinawas in dem Vorhaben, ihre politische Meinung anhand von Referenden öffentlichkeitswirksam darzustellen. *Inochi koso takara*. Deswegen wird die okinawische Friedensbewegung nicht aufhören, sich für das "lebenswerte Leben" der Okinawaer einzusetzen. Dies wurde auch beim G8-Gipfel letzten Sommer in einer Vielzahl von Aktionen deutlich (Hofmeister 2000:13-17).

Der Friedensbewegung von Okinawa ist es gelungen, sich in der Bevölkerung eine breite Basis an Anhängern und Unterstützern aufzubauen. Auch konnte die politische Unterstützung des Gouverneurs gewonnen werden, durch den die Aktionen und Ziele der Friedensbewegung national und international bekannt gemacht und anerkannt wurden. Dennoch gelang es der Bewegung nicht, die Regierungen in Tôkyô und Washington von ihrer politischen Meinung zu überzeugen und diese konkret in die Tat umsetzen zu lassen. Das Problem der Friedensbewegung Okinawas war und ist es eben, dass sie sich mit einem Thema beschäftigt, das sich nicht präfekturintern lösen lässt, sondern ganz offensichtlich ein Thema der nationalen Sicherheit eines Staates ist. Auch ist das Okinawa-Thema zu speziell, als dass sich in anderen japanischen Präfekturen schlagkräftige Unterstützung dafür hätte finden lassen, die den internen Druck auf Tôkyô weiter hätte erhöhen können (Steinhoff 2000:123). Vor diesem Hintergrund scheint die Renaissance der Friedensbewegung in Okinawa wenig erfolgreich gewesen zu sein.

Und dennoch: Okinawa hält an seiner eigenen pazifistischen Mentalität fest. So wird beispielsweise am 23. Juni, dem *Irei no hi*, des Kriegsendes gedacht, und nicht wie sonst überall in Japan erst am 15. August. In Okinawa gibt es Museen zur Kriegsgeschichte, die diese nicht unbedingt konform der üblichen Linie des Monbushô darstellen. Okinawa ist schließlich auch die Insel, auf der das waffenlose Karate perfektioniert wurde. Im alten Königsschloss zeugt die Inschrift einer Glocke von der Verbindung zwischen Handel und Völkerverständigung. Schließlich wusste auch schon Napoleon um das friedliebende Inselvolk und fragte erstaunt: "*Point d'armes! Mais, sans armes, comment se bat-on?*" (Keine Waffen? Aber wie kämpft man ohne Waffen; Kerr 2000:259). Es bleibt zum Ende die Frage offen, ob der okinawanische Pazifismus sich wirklich auf eine so lange Tradition berufen kann, wie sie die meisten Friedensaktivisten für sich beanspruchen möchten. Ist okinawanischer Pazifismus nicht vielleicht ein Traditionalismus, eine erfundene Tradition unseres Jahrhunderts? Ob Tradition oder Traditionalismus, sicher ist, dass der okinawische Pazifismus ganz bewusst auch bei der Renaissance der Friedensbewegung ab Mitte der 1990er Jahre im Kampf der Bewegung gegen die nationalen Regierungen Japans und der USA eingesetzt wurde. *Okinawa no kokoro* brachte der Friedensbewegung viel Zulauf aus dem Volk, das – so scheint es – sich momentan auf der Suche nach der eigenen "Okinawa-Identität" befindet.

Literaturhinweise:

- Ahagon Shôkô (1999): *Inochi koso takara*. Tokyo: Iwanami Shoten.
- Anhalt, Gert (1991): *Okinawa zwischen Washington und Tôkyô. Betrachtungen zur politischen und sozialen Entwicklung 1945-1972*. Marburg: Förderverein Marburger Japan-Reihe.
- Antoni, Klaus (1991): "Tradition und 'Traditionalismus' – Ein kulturanthropologischer Versuch". In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung*. München: Iudicium: 105-128.
- Bowen Francis, Carolin (1999): "Women and military violence". In: Chalmers Johnson, Hg.: *Okinawa: Cold War island*. Cardiff: Japan Policy Research Institute: 189-203.
- Gabe Masaaki (2000): "Okinawa summit no solution to U.S. military base issue". In: *Japan Quarterly* 47/1: 10-16.
- Hofmeister, Sigrid (2000): "Okinawas Rolle im Amerikanisch-Japanischen Sicherheitsvertrag und der G8-Gipfel 2000 in Japan. Ursachen – Wirkungen – Rückwirkungen". In: *Minikomi* 3/2000: 13-17.
- Johnson, Chalmers (1999): "The heliport, Nago, and the end of the Ota era". In: Chalmers Johnson, Hg.: *Okinawa: Cold War island*. Cardiff: Japan Policy Research Institute: 215-232.
- Kerr, George H. (2000): *Okinawa. The history of an island*

-
- people*. Boston / Rutland, Vermont / Tokyo: Tuttle Publishing.
- Kreiner, Josef (1996): *Sources of Ryūkyūan history and culture in European collections*. München: Iudicium.
- Nonaka Yoshio und Arasaki Moriteru (1996): *Okinawa sengoshi*. Tokyo: Iwanami Shoten.
- NHK Special (1996): *Sengo 50 nen. Sono ji Nihon wa*. Tokyo: NHK.
- Ôta Masahide (1981): *This was the battle of Okinawa*. Naha: Naha Shuppansha.
- Ôta Masahide (1995): *Minikui Nihonjin*. Tokyo: Saimaru Shuppankai.
- Ôta Masahide (1996): *Okinawa no kokoro*. Tokyo: Iwanami Shoten.
- Ôta Masahide (1999): "Governor Ota at the Supreme Court of Japan". In: Chalmers Johnson, Hg.: *Okinawa: Cold War island*. Cardiff: Japan Policy Research Institute: 205-214.
- Smith, Sheila (2000): "Challenging national authority: Okinawa Prefecture and the U.S. military bases". In: Sheila Smith, Hg.: *Local voices, national issues. The impact of local initiative in Japanese policy-making*. Ann Arbor: Center for Japanese Studies The University of Michigan: 75-114.
- Steinhoff, Patricia G. (2000): "Kan-Min relations in local government". In: Sheila Smith, Hg.: *Local voices, national issues. The impact of local initiative in Japanese policy-making*. Ann Arbor: Center for Japanese Studies The University of Michigan: 115-129.
- Vogt, Gabriele (2000): "Japans Stiefkind Okinawa – Diskussionen um eine wirtschaftliche Neuorientierung". In: *Japan Markt* 2000/2: 25-26.
- Internetlinks:
Okinawa Times: <http://www.okinawatimes.co.jp>
Ryūkyū Shimpo: <http://www.ryukyushimpo.co.jp>
Präfektur Okinawa: <http://www.pref.okinawa.jp>
G8-Gipfel 2000: <http://www.g8kyushu-okinawa.go.jp>
-